

Szenario-Analyse: Verlust des gemeinsamen kulturellen Grundraums

Ein Risikoszenario nach dem Vorbild der Risikoanalysen im Bevölkerungsschutz

Vorgelegt zur Prüfung durch staatliche Stellen, die im Rahmen ihrer Antwortpflicht Verantwortung für die Vorsorge gegen Gefährdungen des Gemeinwohls tragen.

Vorbemerkung: Warum dieses Format

Am 3. Januar 2013 leitete die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag die Drucksache 17/12051 zu, den "Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012". Enthalten war das Szenario "Pandemie durch Virus Modi-SARS" – ein hypothetisches, aber mit realistischen Eigenschaften versehenes Coronavirus, das eine weltweite, von Asien ausgehende Pandemie mit Millionen Erkrankten und überlasteten Krankenhäusern beschrieb. Sieben Jahre später traf COVID-19 ein Land, das über dieses Szenario informiert gewesen sein konnte und dennoch weitgehend unvorbereitet war. Journalistische Aufarbeitungen bezeichneten den Bericht rückblickend als Blaupause der tatsächlichen Krise.

Diese Analyse überträgt dasselbe Format – nüchterne Szenariobeschreibung statt politischer Debatte – auf eine andere, langsamer verlaufende, aber strukturell verwandte Gefährdung: den schleichenden Verlust des gemeinsamen kulturellen Grundraums, auf dem demokratische Gesellschaften beruhen. Eine wichtige Einschränkung gehört an den Anfang: Anders als eine Pandemie hat dieses Risiko keinen einzelnen Ausbruchzeitpunkt und keinen eindeutigen Erreger. Es handelt sich um einen bereits laufenden, graduellen Prozess, kein zukünftiges Einzelereignis. Gerade das macht ihn schwerer erkennbar und institutionell schwerer adressierbar als eine Pandemie – und genau deshalb ist eine strukturierte Szenariobeschreibung hier besonders nötig, nicht weniger.

1. Definition der Gefahr

Gefahrenart: Verlust der gesellschaftlichen Fähigkeit, eine gemeinsam geteilte, überprüfbare Wirklichkeit herzustellen und weiterzuentwickeln (Kulturbildung im hier verwendeten Sinn), mit der Folge einer wachsenden Anfälligkeit für autoritäre Angebote, gesellschaftlichen Rückzug und den Zerfall demokratischer Bindung.

Betroffenes Grundbedürfnis: Der Mensch verfügt über ein empirisch gut belegtes psychologisches Grundbedürfnis nach Zugehörigkeit zu einer stabilen sozialen Gruppe – in der psychologischen Forschung als "need to belong" beschrieben (Baumeister & Leary, 1995) und in der Selbstbestimmungstheorie als eines von drei grundlegenden psychologischen Bedürfnissen

neben Autonomie und Kompetenz geführt (Deci & Ryan). Wird dieses Bedürfnis über einen kulturellen Grundraum nicht mehr befriedigt, sucht es sich andere, oft weniger demokratieverträgliche Erfüllungsformen. Dieses Grundbedürfnis ist damit kein Randaspekt des Szenarios, sondern sein eigentlicher Angelpunkt: Es erklärt, warum das Fehlen gemeinsamer kultureller Erfahrung nicht folgenlos bleibt, sondern aktiv nach Ersatz sucht.

2. Beschreibung des Ereignisses

Die zentralen Elemente, die in diesem Gespräch bereits einzeln erarbeitet wurden, ergeben zusammengelesen ein zusammenhängendes Bild:

a) Erosion der institutionellen Sender-Empfänger-Architektur. Schule und Massenmedien stellten über Jahrzehnte, bei allen Einschränkungen, ein gemeinsames Referenzsystem gesellschaftlicher Wahrnehmung her. Diese Architektur wird durch algorithmisch personalisierte Plattformkommunikation abgelöst, deren Optimierungsziel individuelle Verweildauer ist, nicht gesellschaftlicher Zusammenhalt.

b) Generationelle Wahrnehmungslücke ohne gemeinsames Bewusstsein darüber. Ältere und jüngere Generationen sozialisieren sich zunehmend unter grundverschiedenen kulturellen Bedingungen, ohne die jeweils eigene Prägung als solche zu erkennen (naiver Realismus). Beide Seiten halten die eigene Wahrnehmung für die Wirklichkeit selbst, nicht für eine historisch gewordene Perspektive auf sie.

c) Volitionales Defizit demokratischer Institutionen. Gesellschaftliche Probleme werden analysiert, diskutiert, moralisch bewertet – aber der Übergang von Wahrnehmung zu gemeinsamer, institutionell rückgekoppelter Handlung bleibt strukturell unterentwickelt. Es entsteht eine kollektive Erfahrung der Unwirksamkeit.

d) Autoritäre Kompensation als psychologisch naheliegender Ausweg. Wo tragende demokratische Bindung fehlt, wächst nachweislich die Bereitschaft, Verantwortung an starke Führungsangebote zu delegieren (Fromm, 1941) oder sich ins Private zurückzuziehen. Beide Reaktionen sind rational nachvollziehbare Antworten auf ein reales Bedürfnisdefizit, keine irrationalen Ausreißer.

e) Fehlende institutionelle Zuständigkeit für das Gesamtproblem. Schule verantwortet ihren Unterricht, Medienunternehmen ihre Angebote, Plattformen ihre Dienste innerhalb regulatorischer Grenzen. Niemand trägt den Auftrag, aus den entstehenden Fragmenten wieder einen gemeinsam prüfbaren gesellschaftlichen Wirklichkeitsraum herzustellen.

3. Räumliche Ausdehnung

Nicht lokal begrenzt. Die algorithmische Plattformlogik wirkt transnational; die Wahrnehmungslücke betrifft grundsätzlich jede Generationenfolge unter beschleunigtem kulturellem Wandel. Innerhalb Deutschlands sind demografische und regionale Unterschiede zu erwarten, ein flächendeckendes Ausbleiben ist jedoch nicht plausibel.

4. Zeitpunkt und Verlauf

Kein diskretes Ausbruchereignis. Der Prozess läuft bereits seit mindestens einem Jahrzehnt, mit erkennbarer Beschleunigung seit der breiten Durchsetzung algorithmisch kuratierter sozialer Medien und generativer KI-Systeme in der Mediennutzung Jugendlicher. Anders als bei einer Pandemie gibt es keinen Moment des offensichtlichen Ausbruchs, der öffentliche Aufmerksamkeit erzwingt. Das Risiko besteht gerade in dieser Unauffälligkeit des Verlaufs – die Warnzeichen (sinkendes Demokratievertrauen, wachsender Zuspruch für autoritäre und extremistische Angebote, zunehmende Fragmentierung öffentlicher Debatten) sind bereits jetzt in Studien dokumentiert, ohne dass sich daraus bislang eine dem Bevölkerungsschutz vergleichbare Vorsorgestruktur ergeben hätte.

5. Vorhersagbarkeit und bereits vorliegende Vorwarnung

Hier liegt die eigentliche Parallele zum Modi-SARS-Szenario. Die relevanten Mechanismen sind wissenschaftlich beschrieben, nicht spekulativ:

- die Umstellung öffentlicher Kommunikation von institutionalisierter Sendelogik auf individualisierte Aufmerksamkeitsoptimierung (medienwissenschaftlich und regulatorisch bereits von der EU-Kommission als systemisches Risiko für Diskurs, Wahlen und Medienpluralismus eingestuft),
- das psychologische Grundmuster, wonach fehlende soziale Bindung auf autoritäre Delegation oder Rückzug hinausläuft (Fromm, 1941, seither vielfach bestätigt),
- der empirisch belegte Vertrauensverlust junger Erwachsener in demokratische Institutionen,
- die soziologisch dokumentierte Wirkung erlebter Selbstwirksamkeit und institutioneller Reaktionsfähigkeit auf demokratische Bindung.

Die Vorwarnung liegt damit nicht in einem einzelnen Gutachten wie bei Modi-SARS, sondern in einem über mehrere Disziplinen konvergenten Befund, der seit Jahren vorliegt, ohne bislang eine vergleichbare staatliche Vorsorgestruktur ausgelöst zu haben.

6. Bisherige und fehlende Gegenmaßnahmen

Bestehende Maßnahmen – Demokratiefördergesetz-Debatte, Medienkompetenzförderung, punktuelle Jugendbeteiligungsformate, öffentlich-rechtlicher Bildungsauftrag – adressieren Teilaspekte, jedoch nicht die strukturelle Lücke selbst: eine dauerhafte, institutionell rückgebundene, kohortenweite Infrastruktur, in der Kulturbildung nicht gesendet, sondern gemeinsam hergestellt wird. Ebenso fehlt eine zentrale Instanz, die für dieses Gesamtproblem – im Unterschied zu seinen Einzelaspekten – erkennbar zuständig wäre.

6a. Psychologische Verstärkungsfaktoren

Dass die unter Punkt 5 beschriebene Vorwarnung bislang nicht in Vorsorge übersetzt wurde, ist kein Zufall und kein individuelles Versagen einzelner Verantwortlicher. Mehrere gut dokumentierte

psychologische und sozialpsychologische Mechanismen wirken systematisch in dieselbe Richtung – dieselben Mechanismen, die bereits die verzögerte Reaktion auf die Modi-SARS-Warnung erklären:

Shifting Baseline Syndrome (Pauly, 1995, ursprünglich in der Fischereiforschung beschrieben): Jede Generation hält den kulturellen Zustand, den sie in ihrer eigenen Jugend vorgefunden hat, für den natürlichen Normalzustand – nicht für das bereits veränderte Ergebnis eines vorangegangenen, graduellen Wandels. Weil sich dieser Referenzpunkt mit jeder Generation neu verschiebt, bleibt der kumulierte Gesamtverlust über mehrere Generationen hinweg unsichtbar, obwohl einzelne Verschlechterungen innerhalb einer Generationenspanne durchaus bemerkt werden könnten. Das erklärt, weshalb selbst aufmerksame Beobachter den fortschreitenden Verlust des gemeinsamen Kulturraums nicht ohne Weiteres erkennen: Ihr eigener Referenzpunkt ist bereits Teil des bereits eingetretenen Wandels.

Normalcy Bias: die Tendenz, Wahrscheinlichkeit und Ausmaß einer Gefährdung systematisch zu unterschätzen, weil unbewusst angenommen wird, die Verhältnisse würden im Wesentlichen so weiterbestehen wie bisher. Dieser Mechanismus erklärt unmittelbar, weshalb eine vorliegende, fachlich fundierte Warnung – wie im Fall Modi-SARS – nicht automatisch zu Vorsorgehandeln führt.

Diffusion of Responsibility (Darley & Latané, 1968): Je mehr Akteure potenziell zuständig sein könnten, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass einer von ihnen tatsächlich handelt, da jeder davon ausgeht, ein anderer werde die Verantwortung übernehmen. Dies liefert die sozialpsychologische Erklärung für den unter Punkt 2e beschriebenen Befund, dass für das Gesamtproblem trotz zahlreicher Teilzuständigkeiten faktisch niemand verantwortlich zeichnet.

Scope Insensitivity / Psychic Numbing (Slovic): Die emotionale und politische Reaktion auf ein Problem verläuft nicht proportional zu seiner tatsächlichen Größe. Ein identifizierbares Einzelereignis mit konkreten Bildern und Zahlen erzeugt regelmäßig mehr Handlungsdruck als ein diffuses, gesamtgesellschaftliches Risiko – unabhängig davon, welches der beiden am Ende den größeren Schaden verursacht.

Hyperbolic Discounting / Present Bias: Individuen wie Institutionen gewichten nahe liegende Kosten und Nutzen systematisch stärker als zeitlich entfernte, selbst wenn Letztere in der Summe erheblich größer sind. Dies liefert die verhaltensökonomische Grundlage für die unter Punkt 6 beschriebene Beobachtung, dass Förder- und Haushaltslogiken auf kurzfristig messbare Erfolge ausgelegt sind, während sich der Wert kultureller Vorsorgeinfrastruktur erst über Jahre bemisst.

Diese fünf Mechanismen verstärken sich gegenseitig: Der verschobene Referenzpunkt (Shifting Baseline) sorgt dafür, dass das Ausmaß des Problems unterschätzt wird; die Normalitätsannahme verhindert eine angemessene Reaktion auf vorliegende Warnungen; die Verantwortungsdiffusion verhindert, dass sich eine zuständige Stelle des Problems annimmt; die Unempfindlichkeit gegenüber großen, diffusen Risiken hält den politischen Handlungsdruck niedrig; und die Gegenwartspräferenz benachteiligt systematisch jede Investition, deren Nutzen erst langfristig sichtbar wird. Keiner dieser Mechanismen setzt böse Absicht oder Unfähigkeit einzelner Akteure voraus. Alle fünf sind reguläre, breit dokumentierte Eigenschaften menschlicher und institutioneller Informationsverarbeitung – und genau deshalb lassen sie sich nicht durch moralischen Appell an Einzelne überwinden, sondern nur durch Strukturen, die unabhängig von individueller Aufmerksamkeit funktionieren.

- Demokratische Legitimität und Stabilität der Bundesrepublik

- Gesellschaftlicher Zusammenhalt über Generationen- und Milieugrenzen hinweg
 - Psychische Gesundheit und Entwicklung Jugendlicher (Zugehörigkeitserfahrung als Schutzfaktor)
 - Widerstandsfähigkeit gegenüber Desinformation, hybriden Bedrohungen und autoritären politischen Angeboten
 - Innerer Frieden im Sinne friedlicher, rechtsstaatlich gebundener Konfliktbearbeitung
-

8. Referenzereignisse

- Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012 ("Pandemie durch Virus Modi-SARS"), Bundestagsdrucksache 17/12051 vom 3. Januar 2013: dokumentiertes Beispiel einer zutreffenden, aber nicht in ausreichende Vorsorge übersetzten staatlichen Risikowarnung.
 - Historische Erfahrung gesellschaftlicher Atomisierung als Nährboden autoritärer Bewegungen (u. a. Hannah Arendts Analyse der Ursprünge totalitärer Herrschaft, Erich Fromms *Die Furcht vor der Freiheit*, 1941).
 - Aktuelle Belege sinkenden Demokratievertrauens junger Erwachsener in Deutschland (u. a. Bertelsmann Stiftung, 2024).
-

9. Bewertung und Vorsorgeempfehlung

Die Analogie zur Pandemie-Risikoanalyse ist an einer Stelle bewusst unvollständig, und diese Grenze sollte nicht verschwiegen werden: Eine Pandemie hat einen erkennbaren biologischen Erreger und einen prinzipiell datierbaren Ausbruch. Der hier beschriebene Kulturverlust hat weder das eine noch das andere – er ist ein sich selbst verstärkender, graduell verlaufender Prozess ohne einzelnen Auslöser, an dem der Staat selbst, die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft und jede einzelne Person beteiligt sind. Das bedeutet: Es gibt keinen einzelnen Tag X, an dem "die Krise beginnt" und der als Rechtfertigung für sofortiges Handeln dienen könnte. Genau das macht ihn politisch leichter aufschiebbar als eine Pandemie – und genau deshalb ist die bewusste Parallele zu Modi-SARS trotz dieser Einschränkung von Wert: Sie zeigt, dass auch dokumentierte, plausible Risiken ohne unmittelbaren Drucktermin regelmäßig unbearbeitet bleiben, bis sie sich bereits in vollem Ausmaß realisiert haben.

Eine staatliche Antwortpflicht in diesem Bereich kommt an einer aktiven Rolle des Staates nicht vorbei. Wie bei jedem Bevölkerungsschutzszenario ist der Staat nicht der einzige Akteur, aber der einzige mit dem verfassungsrechtlichen Auftrag und der institutionellen Reichweite, eine gesamtgesellschaftliche Vorsorgestruktur zu tragen – Zivilgesellschaft und Wissenschaft können vorbereiten, pilotieren und mahnen, aber die flächendeckende, dauerhafte Absicherung eines gemeinsamen kulturellen Grundraums ist ohne kooperative Beteiligung staatlicher Stellen nicht zu leisten.

Empfohlene Vorsorgemaßnahme: Ein wissenschaftlich begleiteter Modellversuch für eine institutionell verankerte, dialogische Kulturbildungsinfrastruktur (PSI-21), bevor sich das hier beschriebene Risiko weiter verfestigt. Wie bei Modi-SARS gilt: Die Kosten der Vorsorge sind gering im Vergleich zu den Kosten des Nachholens, nachdem sich das Risiko bereits realisiert hat.

Die unter Punkt 6a beschriebenen psychologischen Verstärkungsfaktoren legen dabei eine wichtige Schlussfolgerung nahe, die zugleich die Grenze und die Hoffnung dieser Analyse markiert. Weder Politik noch Wissenschaft verfügen über einen privilegierten, von diesen Mechanismen freien Zugang zur eigenen Systemlage. Politiker, Wissenschaftlerinnen und Verwaltungsmitarbeiter unterliegen denselben verschobenen Referenzpunkten, derselben Normalitätsannahme, derselben Verantwortungsdiffusion wie alle anderen Mitglieder der Gesellschaft. Es wäre deshalb unredlich, diese Analyse mit dem Appell zu schließen, die Verantwortlichen müssten nur aufmerksamer, einsichtiger oder weitsichtiger werden. Genau das haben die genannten Mechanismen bereits systematisch verhindert, und individuelle Einsicht allein wird sie nicht zuverlässig überwinden.

Der eigentliche Ausweg liegt nicht in besserer individueller Wahrnehmung, sondern in derselben Fähigkeit, die diesem gesamten Szenario zugrunde liegt: der spezifisch menschlichen Fähigkeit, gemeinsam neue kulturelle Strukturen zu erzeugen, die über die Grenzen individueller Erkenntnisfähigkeit hinausreichen. Kein Einzelner hätte aus eigener Kraft ein Frühwarnsystem, eine unabhängige Justiz oder eine freie Presse erfinden können, die die Schwächen individueller Urteilskraft strukturell auffangen. Ebenso wenig lässt sich der hier beschriebene Verlust des gemeinsamen Kulturraums durch individuelle Wachsamkeit einzelner Verantwortlicher aufhalten. Er lässt sich nur durch eine Struktur auffangen, die diese Verstärkungsfaktoren von vornherein einkalkuliert: die wiederkehrend, institutionell verankert und unabhängig davon wirkt, ob im Einzelfall gerade jemand aufmerksam genug ist, um das Problem zu bemerken.

Genau darin liegt die eigentliche Pointe des PSI-21-Vorschlags: Er verlangt nicht, dass Menschen ihre kognitiven Grenzen überwinden, sondern nutzt die menschliche Kulturfähigkeit selbst, um eine Struktur zu bauen, die mit diesen Grenzen rechnet, statt sie zu ignorieren.

Diese Analyse versteht sich nicht als amtliche Risikoanalyse im Sinne des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes, sondern als zivilgesellschaftlicher Vorschlag, das dort bewährte Format auf ein bislang institutionell nicht vergleichbar bearbeitetes Risiko zu übertragen.

Albert Reinhardt,
PSI-21 – Politik, Schule und Internet im 21. Jahrhundert,
albert-reinhardt@psi-21.de,
psi-21.info